

AMNESTY INTERNATIONAL . Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
El Salvador-Koordinationsgruppe . Postfach 7123 . 71317 Waiblingen
T: +49 7151 28289 . E: info@ai-el-salvador.de
W: <https://www.amnesty.de> . <https://www.ai-el-salvador.de>
https://x.com/AI_El_Salvador . <https://www.instagram.com/elsal.menschenrechte>
<https://www.facebook.com/AmnestyMenschenrechteElSalvador/>

SPENDENKONTO . SozialBank
IBAN DE23 3702 0500 0008 0901 00 . BIC BFSWDE33XXX . Zweck: 2129



29. Mai 2024

EL SALVADOR: IRENE CUÉLLAR – „DER AUSNAHMEZUSTAND BEEINTRÄCHTIGT AUCH DIE TRANSPARENZ UND DIE VERWALTUNG DER ÖFFENTLICHEN MITTEL“

Interview mit der feministischen Medienagentur Alharaca

<https://www.alharaca.sv/democracia/irene-cuellar-el-regimen-de-excepcion-afecta-tambien-la-transparencia-el-manejo-de-fondos-publicos/>

Von [Vilma Laínez](#), 29. Mai 2024

Irene Cuéllar, Zentralamerika-Rechercheurin von Amnesty International, analysiert die Arbeit der vergangenen Legislaturperiode des Parlamentes, die am 30. April ihre Arbeit beendete, sowie der Regierung von Nayib Bukele. Sie hebt hervor, dass seit Mai 2021, seitdem sich das Parlament mehrheitlich aus Mitgliedern der Partei Nuevas Ideas zusammensetzt, die Menschenrechtsverletzungen zugenommen haben und dass Gesetzesreformen im Eilverfahren, ohne Debatte, verabschiedet wurden, wie auch im Falle des Notstandsregimes, das seit März 2022 in Kraft ist. Dies ist auf die Machtkonzentration und die Abschaffung der Kontrolle in der Justiz zurückzuführen, die durch die Entlassung von Richtern und Staatsanwälten noch verschärft wurde.

Amnesty International hat festgestellt, dass seit dem ersten Tag der Legislaturperiode 2021-2024 im von der Regierungspartei dominierten Parlament rechtswidrige Beschlüsse gefasst wurden, darunter die Entlassung der Richter des Obersten Gerichtshofs und des Generalstaatsanwalts sowie die Verabschiedung des Notstandsregimes am 27. März 2022. Diese Maßnahmen haben zu Menschenrechtsverletzungen geführt - **und zum Zusammenbruch der Rechtsstaatlichkeit sowie zur Aushebelung der grundlegenden Kontrollmechanismen, die Demokratie und Transparenz gewährleisten.**

Für Irene Cuéllar, Juristin, Politikwissenschaftlerin und Researcherin für Zentralamerika bei Amnesty International, ist einer der wichtigsten Bereiche, in denen das scheidende Parlament eine nicht eingelöste Bringschuld hat, die Politik gegenüber Frauen und der LGBITQ+-Bevölkerung. Sie ist der Meinung, dass es keine angemessene Gesetzgebung zur Anerkennung grundlegender Rechte gibt, wie etwa das Gesetz zur Geschlechtsidentität. Cuellar betont, dass grundlegende Probleme angegangen werden müssen, wie das Fehlen genauer Daten über Femizide und die Wirksamkeit des Schutzsystems für Frauen, das in der Vergangenheit durch internationale Zusammenarbeit unterstützt wurde. Sie hinterfragt auch die Rolle der ISDEMU und ihre Funktion bei der Prävention von und dem Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Im vergangenen Dezember veröffentlichte Amnesty International den Bericht „**Behind the Veil of Popularity: Repression and Human Rights Regression in El Salvador**“ (Hinter dem Schleier der Popularität: Unterdrückung und Rückschritt bei den Menschenrechten in El Salvador), der die schweren Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die nach der Verabschiedung des Notstandsregimes im März 2022 zugenommen haben. Mit diesem Ausnahmezustand wurden verfassungsmäßige Garantien wie ein ordnungsgemäßes Verfahren und das Recht auf Verteidigung außer Kraft gesetzt. Dem Bericht zufolge hätte eine unabhängige Verfassungskammer das Notstandsdekret und einige Reformen der Straf- und Strafprozessordnung für verfassungswidrig erklären können.

Im März warnte Amnesty in einer seiner Mittelungen vor der Verschärfung der Krise der Menschenrechtsverletzungen während der **zweiten verfassungswidrigen Amtszeit von Nayib Bukele**. **Es wird befürchtet, dass „wenn der Kurs nicht korrigiert wird, die Instrumentalisierung des Strafprozesses und die Etablierung einer Politik der Folter im Strafvollzug“ fortgesetzt werden könnten, wodurch „die bereits alarmierenden Zahlen von Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit, Todesfällen in staatlichem Gewahrsam und der prekären Situation von inhaftierten Personen weiter ansteigen“ würden.**

Das Interview fand im April statt, kurz bevor das Parlament seine Amtszeit 2024-2027 aufnahm. Die Regierungspartei verfügt mit 54 von 60 Sitzen zum zweiten Mal in Folge über eine absolute Mehrheit. **In der ersten ordentlichen Plenarsitzung am 1. Mai wurden die Kommission für Frauen und Geschlechtergleichstellung und 11 weitere ständige Kommissionen aufgelöst.** In der ersten außerordentlichen Plenarsitzung wurde die 25. Verlängerung des Ausnahmezustands mit 57 Stimmen angenommen: 54 von der Regierungspartei, zwei von der Partei der Nationalen Versöhnung (PCN) und eine von der Partei der Christdemokraten (PDC).

Wie beurteilen Sie die Arbeit des Parlamentes, dessen Amtszeit am 30. April endete?

Es ist eine Versammlung, die den früheren Parlamenten sehr ähnlich ist: Sehr weit weg von der Bevölkerung. Sie denken, dass sie der Bevölkerung nahe sind, weil sie einen Tweet posten und tausend Likes bekommen oder weil sie ab und zu in eine Gemeinde gehen, wo schon alles für das Foto, das Video usw. vorbereitet ist. Die Abgeordneten sollten vorsichtiger sein, sonst passiert ihnen das Gleiche wie den anderen politischen Parteien. Sie haben keinerlei Fähigkeit zum Dialog. Es handelt sich nicht um ein unabhängiges Parlament. Sie folgen der Linie des Präsidialamtes, das ist klar.

Wie analysiert Amnesty International die ersten Maßnahmen, die vom letzten Parlament in seiner ersten ordentlichen Plenarsitzung ergriffen wurden?

Seit dem 1. Mai 2021, als das neue Parlament seine Arbeit aufnahm, besteht ein besonderes Interesse am Aufbau eines Modells der Machtkonzentration.

Genau in der Nacht des 1. Mai 2021 schlug der Abgeordnete der Partei Nuevas Ideas, Christian Guevara, die Entlassung der Richter der Verfassungskammer, die Entlassung des Generalstaatsanwalts und dann die Ernennung neuer Beamter vor.

Wir wären in einem anderen Szenario, wenn die Generalstaatsanwaltschaft unabhängig wäre, wenn wir eine unabhängige Verfassungskammer und eine [unabhängige] Justiz hätten. Man muss bedenken, dass durch eine Reihe von Reformen etwa 60 % der Richter in den Ruhestand versetzt wurden. Das beeinträchtigt das System in hohem Maße, denn diese Regierung ist nicht gerade für ihre Transparenz bekannt. Wir wissen nicht wirklich, wie die Auswahlverfahren für diese neuen Richter abgelaufen sind.

Was sind Ihrer Meinung nach die offenen Forderungen gegenüber Frauen und der LGBTIQ+-Bevölkerung?

Es sollten Gesetze oder Normen diskutiert und verabschiedet werden, die die Grundrechte dieser traditionell ausgeschlossenen und unsichtbaren Bevölkerungsgruppen begünstigen oder anerkennen. Ich würde mit dem Grundlegendsten beginnen und mich dabei nicht nur an das Parlament, sondern auch an die Regierung wenden, denn wir wissen zum Beispiel nicht, wie hoch die Zahl der Femizide ist oder was mit dem Frauenschutzsystem geschieht, das die



Vorgängerregierungen in enger internationaler Zusammenarbeit aufgebaut haben.

Ich möchte nach der Rolle der ISDEMU [Instituto Salvadoreño para el Desarrollo de la Mujer; Anm. d. Ü.] fragen. Nach den internen Bestimmungen ist es das leitende Organ für die Frauenschutzpolitik. Ich möchte zunächst fragen: Welche Rolle spielt das ISDEMU bei der Prävention und der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt? Ich sehe weder, dass das auf der Ebene des Parlamentes diskutiert wird, noch sehe ich, dass das in einer Politik der Exekutive zum Ausdruck kommt. Und zum anderen, auch an das Parlament gerichtet, warum wird der Dialog mit dieser Bevölkerung [LGBTIQ+] oder anderer sozialer Organisationen abgebrochen oder deren Beiträge in Bezug auf Gesetzesinitiativen nicht angenommen? Mit wem spricht das Parlament? Nur untereinander?

In einem ihrer Kommuniqués vom März warnt Amnesty vor einer Verschärfung der Krise der Menschenrechtsverletzungen in dieser zweiten Legislaturperiode, sowohl von Bukele als auch des Parlamentes. Könnten Sie die Auswirkungen dieser Entwicklung erläutern?

Was wir sehen ist eine eskalierende Krise, verursacht durch ein Regierungsmodell, das massive Menschenrechtsverletzungen und die Umgehung von Mechanismen der Rechenschaftspflicht sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene fördert. Seine [Nayib Bukeles, Anm. d. Ü.] Regierung zeichnet sich durch die Verschleierung und Manipulation öffentlicher Informationen und die Förderung von Maßnahmen aus, die darauf abzielen, den zivilen Raum zu untergraben. Zweifelsohne hätten viele seiner Maßnahmen nicht das Ausmaß an Auswirkungen auf die Menschenrechte gehabt, wenn es eine unabhängige Verfassungskammer oder einen unabhängigen Generalstaatsanwalt der Republik gegeben hätte.

Welche zusätzlichen Aspekte können in diesen zwei Jahren mit der Ausnahmeregelung vertieft werden, die noch nicht geprüft oder identifiziert worden sind?

Im Jahr 2021 oder 2022 begann das Parlament mit der Diskussion über ein Gesetz über ausländische Agenten. Dieses Gesetz ist nicht auf Eis gelegt, es kann jederzeit wieder herausgeholt werden. Genau das werden sie auch tun. Ziel dieses Gesetzes ist es, wie in anderen Ländern wie Nicaragua und Venezuela, die Aktivitäten von Organisationen der Zivilgesellschaft einzuschränken. Auch wenn es kein Gesetz über ausländische Agenten gibt, nutzt die Regierung Institutionen wie das Finanzministerium, um sie zur Durchführung von Prozessen einzusetzen, für die es keine Rechtsgrundlage gibt oder die ihre Befugnisse überschreiten.

Ein weiterer Punkt ist die Kontinuität des Notstandsregimes. Mit den **Reformen**, die am Strafgesetzbuch, der Strafprozessordnung und anderen Gesetzen, z. B. dem Antiterrorismusgesetz, vorgenommen wurden, wird das System genauso funktionieren wie jetzt [auch wenn der Ausnahmezustand aufgehoben wird]. Das heißt, wenn Sie morgen ohne die Ausnahmeregelung festgenommen werden und die Staatsanwaltschaft Ihnen die Mitgliedschaft in einer illegalen Gruppierung oder eine andere Straftat im Zusammenhang mit Aktivitäten dieser Strukturen des organisierten Verbrechens, wie z. B. Erpressung, zuschreibt, hat der Richter nicht die Möglichkeit, andere Maßnahmen als die Untersuchungshaft zu verhängen. Wenn Ihnen eine dieser Straftaten zugeschrieben wird, müssen Sie für mindestens sechs Monate in Haft bleiben. Das ist es, was die Reform eingeführt hat: Der Richter wird nichts bewerten, auch nicht den Hintergrund oder irgendetwas anderes, aber er oder sie muss fast automatisch die Untersuchungshaft anordnen.

Die Ausnahmeregelung wurde nur aus zwei Gründen beibehalten: Erstens, weil sie ein Marketingziel erfüllt, und zweitens, weil sie ihnen ermöglicht, verschiedene Dinge zu tun, zum Beispiel das ganze Thema der Beschaffung. Wenn man unter eine Ausnahmeregelung fällt, wird das LACAP [Ley de Adquisiciones y Contrataciones de la Administración Pública; Anm.d.Ü.] auch in anderer Hinsicht unwirksam. Sie können auch Verschiebungen zwischen Haushaltsposten vornehmen, ohne das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren einzuhalten. Die Ausnahmeregelung wirkt sich nicht nur auf der Ebene der Sicherheit aus, sondern auch auf der Ebene der Transparenz, mit der einige Vorgänge im Zusammenhang mit dem Umgang mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden.

Sie haben auch Personen erwähnt, die aus dem Gefängnis entlassen wurden, und darauf hingewiesen, dass sie nicht als von den ihnen zur Last gelegten Straftaten



freigesprochen betrachtet werden können, solange sie der Meldepflicht nachkommen müssen. Könnten Sie erläutern, worin diese besteht?

Organisationen haben festgestellt, dass 34 Menschenrechtsverteidiger*innen unter den Ausnahmeregelungen verhaftet oder kriminalisiert wurden. Alle von ihnen haben schließlich alternative Maßnahmen zur Untersuchungshaft erhalten. Das bedeutet aber nicht, dass sie freigesprochen wurden, sondern dass die Verfahren gegen sie weitergehen, aber eben zuhause. Sie dürfen das Land nicht verlassen. Sie müssen regelmäßig in bestimmten Zeitabständen Unterschrift leisten, aber diese Personen werden irgendwann vor einen Richter gerufen werden. Welche Garantien haben diese Menschen, die wegen ihrer Kritik an der Regierung inhaftiert sind oder waren, vor allem im Landesinneren, die aus Gemeinschaften mit sehr prekären Verhältnissen kommen und die keine Plattform für ihre Sichtbarkeit haben?

Könnte dasselbe mit all den Menschen geschehen, die aus dem Gefängnis entlassen wurden, angeblich in Freiheit?

Wir haben einen gemeinsamen Faktor in dem ganzen Kreislauf ausgemacht und das ist die Willkür. Die Inhaftierung ist willkürlich; genauso willkürlich ist die Gewährung von Alternativen zur Untersuchungshaft; genauso willkürlich ist die Tatsache, dass der Strafvollzug oder die Strafvollzugsanstalten die Entscheidung eines Richters, jemanden freizulassen, sofort umsetzen. Das ist alles sehr willkürlich.

Wir dokumentieren Fälle von Personen, die im Rahmen der Ausnahmeregelung gemeinsam, also beispielsweise zu zweit, inhaftiert wurden. Als wir eine Person befragten, hatte nur eine von ihnen Haftersatz erhalten, die andere Person war noch im Gefängnis, und es wurde angenommen, dass sie beide mit der gleichen Bandenstruktur in Verbindung gebracht worden waren. Wenn sie also zur gleichen Zeit wegen desselben Verbrechens verhaftet wurden, warum werden dann der einen Person Ersatzmaßnahmen gewährt und der anderen nicht?

Wie steht Amnesty International zu der Behauptung der Regierung, dass im Rahmen der Ausnahmeregelung nur Bandenmitglieder festgenommen werden, mit der sie die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustands rechtfertigt?

Das ist falsch. Ich könnte Ihnen alle Beispiele aufzählen, auch die bekanntesten. Zum Beispiel der Journalist Victor Barahona. Er war acht Monate lang im Gefängnis. Das Verbrechen, das man ihm nach seiner Festnahme vorwarf, war die Zugehörigkeit zu einer illegalen Vereinigung. Offensichtlich ist er kein Mitglied einer Bande. Ein anderer Fall ist der des Vaters des Fußballspielers, der natürlich freigelassen wurde, weil sein Sohn in der Öffentlichkeit steht und sein Fall bekannt wurde, aber das Verbrechen, das ihm vorgeworfen wurde, war die Zugehörigkeit zu einer illegalen Gruppierung. Derzeit gibt es keinen Mechanismus, der garantiert, dass die festgenommenen Personen tatsächlich Bandenmitglieder sind. Was ich Ihnen sagen kann, ist, dass die Ausnahmeregelung eine Politik ist, die Menschen, die in Armut und Ausgrenzung leben, in ganz besonderer Weise trifft. Die überwiegende Mehrheit der Menschen, die im Rahmen der Ausnahmeregelung festgenommen wurden, stammen aus Gemeinden, die aufgrund der Bandengewalt verpönt sind, Menschen, die bereits Opfer von Bandengewalt waren, Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Einkommen, mit anderen Worten, es ist eine Politik, die Armut kriminalisiert.

Gibt es wirksame Strategien, um diese Eskalation der Übergriffe einzudämmen, vor allem angesichts der großen Unterstützung, die der Präsident in der Bevölkerung genießt?

Das erste Element ist die Bereitschaft dazu und die sehen wir nicht. Der Wille der Regierung zu sagen, dass sie die Menschenrechte der Bevölkerung nicht mehr systematisch verletzen will, ist nicht vorhanden; außerdem wird das Notstandsregime auch für andere Dinge genutzt. Zum Beispiel für Zwangsräumungen im Zentrum von San Salvador. Sie bekämpfen dort weder Kriminalität noch Gewalt.

Das Szenario sieht für das Land nicht so rosig aus. Wie kann man sich wehren?

Die Situation ist zweifelsohne beunruhigend. Die Aufforderung lautet im Grunde, wachsam zu sein, koordiniert, rechtzeitig und energisch



gegen das Modell von Bukele vorzugehen. Popularität kann keine Entschuldigung für diese Mechanismen sein, die einen gewissen Einfluss darauf haben, wie Staaten die Menschenrechte der Bevölkerung fördern, garantieren und respektieren oder beschließen eine lauterere Haltung einzunehmen, weil die Maßnahme oder der Herrscher populär ist, denn das haben wir bereits gesehen. Das ist nicht neu. El Salvador folgt einem Weg, den andere Länder bereits eingeschlagen haben. Sogar wir selbst vor vielen Jahren, und wir wissen bereits, was das Ergebnis ist.

Was halten Sie von der mangelnden Reaktion der salvadorianischen Behörden auf Berichte und Appelle internationaler Organisationen wie Amnesty International?

Wir sind erstaunt, dass der Präsident selbst uns manchmal einen Tweet schickt. Er spricht uns nicht an, aber er bezieht sich auf uns. Kürzlich haben wir im Zusammenhang mit dem zweiten Jahrestag des Ausnahmeregimes eine Pressemitteilung herausgegeben, und unsere Direktorin [Ana Piquer] hatte ein Interview mit Herrn [Omar] del Rincón von CNN, und gleich darauf hat der Präsident [Nayib Bukele] es aufgegriffen und einen der Kommentare von Ana paraphrasiert. Er hat uns nicht genannt, er hat einfach einen Satz von Amnesty International, den Ana gesagt hat, genommen und umschrieben. Er [Bukele] steht auf der Kippe.

Unverbindliche Übersetzung: El Salvador-Koordinationsgruppe

Verbindlich ist das spanische Original:

<https://www.alharaca.sv/democracia/irene-cuellar-el-regimen-de-excepcion-afecta-tambien-la-transparencia-el-manejo-de-fondos-publicos/>

